

NS-Herrschaft und ‚bezettingstijd‘ im deutsch-niederländischen Grenzraum.
Historische Erfahrungen und Verarbeitung in binationaler Perspektive.

Bericht einer Tagung im ESTA-Europa-Institut Bocholt

Dem Zusammenhang von Ereignis- und Erfahrungs-, Wirkungs- und Wahrnehmungsgeschichte am Beispiel des deutsch-niederländischen Grenzraumes unter NS-Herrschaft und deutscher Okkupation widmete sich eine Tagung, die am 22. und 23. April 1999 von der nordrhein-westfälischen Vereinigung ‚Historikerinnen & Historiker vor Ort e.V.‘, dem ‚Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie‘ (NIOD, Amsterdam), dem ‚Zentrum für Niederlande-Studien‘ der Universität Münster und dem ‚Streekarchivariaat Regio Achterhoek‘ (Doetinchem) in Bocholt veranstaltet wurde. N. Fasse (Stadtarchiv Bocholt), verantwortlich für die Konzeption der Tagung, betonte in seiner Einführung die notwendige Verknüpfung von Selbst- und Fremdwahrnehmung als Forschungsstrategie sowie die wachsende Bedeutung der regionalhistorischen Forschung zur NS-Herrschaft und Besatzungszeit in Deutschland und den Niederlanden.

H. Lademacher, der damalige Direktor des Niederlande-Zentrums, eröffnete die Tagung mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung und zu nationalen Stereotypen im 19. und 20. Jahrhundert in sozialpsychologischer, soziologischer und politologischer Sicht. NIOD-Direktor J.C.H. Blom gab einen Überblick über die niederländische Gesellschaft zwischen 1930 und 1950. Zunächst skizzierte er die Ziele der deutschen Besatzungsmacht seit Mai 1940: Nazifizierung der Gesellschaft (wobei er auch die Problematik Kollaboration und Widerstand ansprach), Eliminierung der Juden aus der Gesellschaft und wirtschaftliche Ausbeutung für deutsche Kriegsziele. Dann ging er auf die langfristigen Folgen der Besatzungszeit ein: Die segmentierte Gesellschaft, wie sie sich in den 20er und 30er Jahren verfestigt hatte, sei nach 1945 „eher gestärkt als geschwächt“ zum Vorschein gekommen, die 50er Jahre bezeichnete er als „die versäulteste und bürgerlichste Phase ihrer Geschichte“. Es entstand somit – bei allen

Differenzierungen – ein Bild der Kontinuität von der Vor- zur Nachkriegsgesellschaft, die erst in den 60er Jahren unter den Druck der sozialen und kulturellen Modernisierung geriet.

J.Th.M. Houwink ten Cate (NIOD) richtete den Blick auf die Verarbeitung der Besatzungszeit in der niederländischen Historiographie. Die nationalgeschichtliche Forschungstradition, in den 60er Jahren von de Jong begründet, bewertete die Besatzungszeit als eine „unausweichliche Niederlage“, sogar als einen „Bankrott des Staates und der Gesellschaft“. Damit wurde ein Zusammenhang hergestellt zwischen der niederländischen Innen- und Außenpolitik und der segmentierten Gesellschaft auf der einen und dem Erstarken Hitler-Deutschlands und seiner Unterwerfungspolitik auf der anderen Seite. Lademacher, so Houwink ten Cate, habe 1977 erstmals das Augenmerk auf die Versäulung der niederländischen Innen- und Wirtschaftspolitik gelenkt und so das differenzierte Feld der „versäulten Reaktionen“ auf die deutsche Bedrohung und Besatzung der Jahre 1933–1945 erschlossen. In einem zweiten Schwerpunkt stellte Houwink ten Cate den „traditionellen Heimatgeschichten“ die „modernen Lokalgeschichten“ gegenüber. Die von Laien betriebene Heimatgeschichte interpretiere die Besatzungszeit als ein „wesensfremdes Intermezzo der eigenen Geschichte“, in der ein monolithischer und barbarischer Besatzungsapparat jedwede Opposition unterbunden bzw. verfolgt habe. Sie konzentriere sich folgerichtig auf die Phase des größten Terrors, die Jahre 1943 bis 1945; diese Zeit werde als gemeinschaftlich bestandene Bewährungsprobe gedeutet. Die professionelle moderne Lokal- und Regionalgeschichte hingegen richte ihr Interesse stärker auf den Zeitraum 1940–1943 und damit auf die Besatzungsverwaltung im Reichskommissariat, ihr Thema sei in erster Linie das Verhältnis von niederländischen Behörden und nationalsozialistischer Besatzungsbürokratie, ihr Untersuchungsgebiet vor allem die Großstädte.

N. Fasse zeichnete in seinem Referat über *NS-Herrschaft und regionale Gesellschaft im Westmünsterland 1933–1939* ein sozial-, alltags- und kulturgeschichtlich differenziertes Bild vom politischen Verhalten der Bevölkerung und distanzierte sich von einem ausufernd gebrauchten Widerstands-Begriff und der These von der „katholischen Volksopposition“, die gerade die kirchennahe Zeitgeschichtsforschung auf regionaler Ebene bis in die jüngste Zeit vertreten habe. Vielmehr belegten gerade regionalgeschichtliche Studien eine Gemengelage aus Konsens und Loyalität sowie situativem Dissens, kultureller Selbstbehauptung und partieller Verweigerung.

In den folgenden sieben Sektionen nahmen insgesamt 22 Referate Aspekte des jeweiligen Oberthemas auf. Die erste Sektion beschäftigte sich mit grenzüberschreitenden deutschen Oppositionszirkeln und ihren niederländischen Unterstützern sowie mit der sozialen Lage emigrierter Schriftsteller in den Niederlanden. Die zweite Sektion behandelte in binationaler Perspektive die nationalsozialistische Judenverfolgung. G. Blumberg (Oberfinanzdirektion Köln, Außenstelle Münster) schilderte die lange unbeachtete Mitwirkung der westfälischen Finanz- und Zollbehörden bei der stufenweisen Enteignung und Ausplünderung der Juden. D. van Galen Last (NIOD) zeichnete die Entwicklung der niederländischen Flüchtlings-

politik nach. Bis 1938 bzw. 1940 nahmen die Restriktionen in der Aufnahme der als „unerwünschte Ausländer“ betrachteten Flüchtlinge stetig zu. Schon Ende 1938 hatte die niederländische Regierung die Einrichtung eines zentralen Aufnahmelagers (Westerbork) zur Internierung der legalen wie illegalen jüdischen Flüchtlinge beschlossen. Ab 1942 fungierte Westerbork, nun unter deutscher Verwaltung stehend, für die in den Niederlanden lebenden Juden als Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtungslager. Ergänzend schilderte V. Jacob (Münster) die Existenzgrundlagen und Lebensstrategien deutscher Juden in den Niederlanden zwischen 1933 und 1940 auf der Basis von Interviews mit Überlebenden.

In der dritten Sektion (*Fremdherrschaft und Judenverfolgung*) berichtete u.a. Chr. Spieker (Greven) über die Organisationsstruktur und Politik des deutschen Polizeiapparates in den Niederlanden. Er machte deutlich, daß die Rolle der Ordnungspolizei bei Repression und Deportation lange Zeit unterschätzt wurde, und ging auf Kooperationen und Spannungen zwischen deutscher und niederländischer Polizei ein. Aus den unter einer zivilen Besatzungsverwaltung stehenden Niederlanden wurden relativ gesehen sehr viel mehr Juden deportiert als aus den übrigen, einer Militärverwaltung unterworfenen Ländern Westeuropas (z.B. Belgien), was er auf die Amtshilfen der niederländischen Polizei zurückführte.

In der vierten Sektion (*Ausbeutung und „Arbeitseinsatz“*) gab H. de Beukelaer (Aalten) am Beispiel der Provinz Gelderland zunächst einen Überblick über Formen und Felder der Ausbeutung der niederländischen Wirtschaft für deutsche Zwecke. Damit näherte sich die Veranstaltung auch Fragen der tagespolitischen Agenda, ist doch die Diskussion um Entschädigungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter nur mühsam zu einem Ergebnis gekommen. V. Issmer (Osnabrück) kontrastierte die bis in die jüngste Zeit eher beschönigenden Berichte deutscher Regionalzeitungen über Nachkriegskontakte ehemaliger Zwangsarbeiter zu ihren „Arbeitgebern“ mit den vielfach nüchternen Selbstaussagen und Aufzeichnungen der niederländischen Betroffenen über die Jahre ihres „Arbeitseinsatzes“. Er betonte jedoch, daß sie trotz vieler negativer Erfahrungen die Deutschen in der Erinnerung (und in der Gegenwart) in der Regel differenziert beurteilten. G. Lotfi (Bochum) sprach über niederländische Zwangsarbeiter in den sog. Arbeiterziehungslagern der Gestapo im rheinisch-westfälischen Raum. Diese staatspolizeilichen „Abschreckungs- und Verfolgungseinrichtungen“ waren von großer Bedeutung für die Durchsetzung des deutschen Zwangsarbeitssystems. Von der „Arbeitserziehung“ profitierten in erster Linie deutsche Unternehmen und Kommunen, die z.B. Aufträge für Tiefbauarbeiten vergaben. Als Betroffener berichtete A. Pontier (Doetinchem) über die Endphase der nationalsozialistischen „Arbeitspolitik“ mit Razzien in den Großstädten und Deportationen nach Deutschland. Eindringlich schilderte er die bedrückende Situation im Zwangsarbeiterlager der Organisation Todt in Rees („Westfalenwall“).

Die fünfte Sektion lotete die Bandbreite politischen Verhaltens beiderseits der Grenze unter den Bedingungen von Diktatur und Besatzung aus; insbesondere der in der niederländischen Diskussion verwandte Begriff der Akkomodation stand im Mittelpunkt des Interesses. J.C.H. Blom wollte ihn, so sein Diskussionsbeitrag, vor allem als heuristisch-analytische Kategorie verstanden wissen, räumte aber auch

seine Bedeutungsvielfalt ein. Unter Akkomodation lasse sich die begrenzte Anpassung von Parteien und administrativen Instanzen fassen, die der eigenen Bevölkerung angesichts der realen Machtverhältnisse eine erträglichen Lebenslage sichern wollten, ferner auf der individuellen Ebene ein Nicht-auffallen-wollen, aber auch eine am einzelbetrieblichen Profit orientierte Anpassung von Unternehmen. B.-A. Rusinek (Universität Düsseldorf) beleuchtete Mobilisierungsfelder, Kollektivmeinungen und Verhaltensmuster in der deutschen Kriegsgesellschaft und ging auf die Relationen zum besetzten Nachbarland ein, C. Hilbrink (Oldenzaal) erörterte die Bandbreite politischen Verhaltens auf niederländischer Seite am Beispiel der heterogenen Grenzregion Twente. Er stellte im protestantisch geprägten Raum mehr Ansätze zu organisierter ‚Illegalität‘ und Widerstand fest als in katholischen Gebieten. Da sich die dem Widerstand zuzurechnenden Kreise voneinander abgeschlossen hätten, könne man von einer ‚Versäulung der Illegalität‘ sprechen.

Die beiden letzten Sektionen fragten nach der *Verarbeitung und Verdrängung* der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland und den Niederlanden. N. Fasse gab einen Überblick über apologetische Deutungsmuster der NS-Zeit im Kontext von Entnazifizierung, Verdrängung und Restauration im katholischen Regionalmilieu. I. Höting und E. Große Vorholt (Ahaus) legten Beispiele für das lange ‚Beschweigen‘ der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ahaus und die ersten Ergebnisse einer sich herausbildenden Erinnerungskultur vor. E. Münster-Schröer (Ratingen) schilderte anhand historischer Filmaufnahmen, wie die Leichen von im April 1945 durch Düsseldorfer Polizeiangehörige ermordeten Zwangsarbeitern unter amerikanischer Aufsicht von ehemaligen NS-Funktionären exhumiert und in Ratingen öffentlich beigesetzt wurden. Münster-Schröer erläuterte daran nicht nur die frühe Politik der US-Besatzungsmacht gegenüber den Deutschen, sondern zeichnete auch den wechselvollen Umgang der Rateringer mit der Erinnerung an ein Kriegsendphasen-Verbrechen bis in die Gegenwart nach.

J. Schuyf (Utrecht) lenkte die Aufmerksamkeit der Historiker aus sozialpsychologischer Sicht auf das Problem der traumatischen Kriegererfahrungen von Niederländern und ihren individuellen und kollektiven Wirkungen bis in die Gegenwart. K. Happe (Siegen) kontrastierte zwei Formen des Umgangs mit Kollaborateuren in den Niederlanden nach 1945: auf der einen Seite die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen vollzogene Bestrafung der Kollaborateure durch den Staat, auf der anderen Seite die spontane Demütigung und Stigmatisierung der sogenannten ‚Moffenmeiden‘, also das Kahlscheren niederländischer Frauen, die während der Besatzungszeit ein Verhältnis mit Deutschen gehabt hatten; in diesem Fall wurde aggressive Selbstjustiz als Ventil für die lokale Bevölkerung toleriert.

Die Abschlusdiskussion versuchte, die Ausformung nationaler Erinnerungskulturen zu vergleichen. H. Lademacher betonte die Bedeutung des physischen und psychischen Leidens als die die kollektive Erinnerung der Niederländer prägende Haupterfahrung. Daher verbessere sich das niederländische Deutschlandbild, dessen negative Konturen sich bereits deutlich früher herausgebildet hätten, nur sehr langsam. In Gegensatz dazu stehe, daß die Niederlande aus Einsicht in realpolitische Notwendigkeiten zu den wichtigsten Wegbereitern des wirtschaftlichen

Wiederaufbaus in Westdeutschland gehörten. Diese Disparität zwischen den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen einerseits und dem Unbehagen der Bevölkerung dem großen Nachbarn gegenüber andererseits habe ihre Gründe nicht zuletzt in dem lange Jahre nur begrenzten deutschen Interesse an dem „zu kleinen“ Nachbarn im Westen. H.-U. Thamer (Universität Münster) unterschied in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auf deutscher Seite idealtypisch vier Phasen. Der Entnazifizierung bis Ende der 40er Jahre, die sich letztlich als Fehlschlag erwies, folgte bis Anfang der 60er Jahre eine Phase der Mythisierung und Tabuisierung. Indem die deutsche Öffentlichkeit die Verantwortung auf eine kriminelle, als gesellschaftliche Außenseiter apostrophierte NS-Elite beschränkte, war ein die Mehrheit exkulpierendes Grundmuster gefunden, das es erlaubte, weitgehendes Stillschweigen über vielfältige individuelle Verantwortung und Verstrickung zu wahren. Die in den 60er und 70er Jahren folgende „Tribunalisierung“ sei häufig zwar von Generalverdächtigungen, moralischem Rigorismus und einer gewissen Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen geprägt gewesen, habe allerdings maßgeblich dazu beigetragen, eine offenere und sachgerechtere Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anzubahnen. Die seit den 80er Jahren einsetzende „Historisierung“ versuche schließlich, verschiedene Handlungs- und Wahrnehmungsebenen sichtbar werden zu lassen, wozu auch die intensive Auseinandersetzung mit Tätern und Tätergruppen gehöre.

J.C.H. Blom legte dar, daß auf niederländischer Seite die öffentliche Diskussion seit Kriegsende von einem gesellschaftlichen Konsens geprägt wurde, der in je unterschiedlicher Gewichtung von den Themen Nation, Demokratie und Menschenrechte bestimmt worden ist. Insofern lassen sich auch in der niederländischen Verarbeitungsgeschichte vier Phasen unterscheiden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand das nationale Thema im Vordergrund. Betont wurde die nationale Gemeinsamkeit, mit der man die Besatzung ertragen habe und den Wiederaufbau auf sich nehmen wolle. Ab Ende der 40er Jahre, als sich die Formen des öffentlichen Gedenkens herauszubilden begannen und die politischen Diskussionen vom Kalten Krieg geprägt waren, habe das Thema Demokratie gegenüber dem nationalen Akzent an Gewicht gewonnen. Seit den späten 50er Jahren traten im Kontext von raschem Wohlstandswachstum und kultureller Revolution die Menschenrechte immer stärker in den Vordergrund. Dabei habe sich das Interesse zunächst auf die Opfer der ‚bezettingstijd‘ konzentriert, dann auf das Verhalten der Verwaltungs- und Wirtschaftseliten. In den 80er und 90er Jahren wurde das Thema der Menschenrechte noch intensiver reflektiert, wobei u.a. Elemente niederländischer Mitverantwortlichkeit an der Judenverfolgung in den Mittelpunkt rückten.

Es war die binationale und zugleich regionale, sozial- und kulturgeschichtlich orientierte Untersuchung des politischen Handelns und Verhaltens unter je extremen Bedingungen, die auch nach der Meinung der niederländischen Mitveranstalter den besonderen Akzent dieser Tagung setzte. Ohne den kategorialen Unterschied zwischen Besatzern und Besetzten zu verwischen, fügten sich die vielfältigen Gegenüberstellungen zu einer Zusammenschau der deutsch-niederländischen Grenzregion, in der Unterschiede nach Räumen und sozialen Schichten, Konfessionen

und Geschlechtern sowie nach politischen Konstellationen, sozialen Voraussetzungen und kulturellen Bedingungen der jeweiligen Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften hervortraten. Zugleich eröffnete sich anhand des niederländischen „Versäulungs“-Begriffs und des deutschen „Milieu“-Begriffs auch manche überraschende Analogie, so daß es überlegenswert erscheint, die thematischen und methodologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Konzepte in Zukunft noch schärfer herauszuarbeiten.

Matthias M. Ester/Gabriele John